

## Es mangelt am Vertrauen zur Evolution und zum Wirken des individuellen Eigeninteresses / Von Erich Weede

*Wahlkämpfe sind Zeiten des Aktivismus. Alle Parteien präsentieren sich mit einem mehr oder weniger präzisen Menü dessen, was sie zu tun und wofür sie zu sorgen gedenken, wenn sie erst einmal in Amt und Würden sind. Auch jetzt wieder. Das sind Absichtsbekundungen, die der Alltag freilich nur allzu-*

*oft über den Haufen wirft. Das liegt nicht nur an den Zwängen der Politik, sondern vor allem daran, daß die Zukunft nicht in jedem Detail vorhersehbar ist. Ergebnisorientiertes Denken hat in einer sich ständig verändernden Welt keinen Platz. Erich Weede, Soziologe an der Universität Bonn, erkennt das Haupt-*

*hindernis auf dem evolutionären Weg in eine bessere Zukunft in der Politik selbst – mit dem Anspruch ihrer Vertreter, das Gemeinwohl zu kennen und zu repräsentieren. Das höchste Ziel der Politik wäre nach Weede deren Selbstbeschränkung, die Einrichtung und Verteidigung eines Ordnungsrahmens, der die*

*individuellen Freiheiten sichert und für Wettbewerb sorgt. Der Autor setzt dabei auf die friedensfördernde Tendenz des Freihandels, auf die Wachstumsförderung durch Freihandel und Exportorientierung, auf die durch Wohlstand geförderte Demokratisierung und den Frieden unter demokratischen Ländern. (orn.)*

Als Evolution bezeichnet man einen Prozeß, bei dem Variation und Selektion auftreten, der von keiner Instanz dauerhaft auf ein konkretes Ziel hin gesteuert wird. Das Selektionskriterium hat eine eliminierende Funktion. Produkte, Unternehmen oder Institutionen können im Wettbewerbsprozeß ausgemerzt werden. Dasselbe gilt für Hypothesen oder Theorien in der Wissenschaft. Nie kann man aus einer Erfolgsgeschichte gestern eine Erfolgsgarantie für morgen ableiten. Evolution bleibt notwendigerweise offen für überraschende Resultate.

Der Mensch indes geht zur Planung über, wenn er Handlungen nicht nur einzeln und isoliert bewertet, sondern ganze Handlungsketten, einschließlich der Handlungen anderer Menschen, und wenn er deren Nutzenfolgen analysiert. Weil Menschen sich immer wieder irren, muß Planung als zielorientierte, vergleichende Beurteilung der mutmaßlichen Folgen von Handlungsoptionen und Handlungsketten mit beträchtlichen Fehlerrisiken behaftet sein. Weil Menschen lernfähig sind, das heißt im Sinne ihrer Ziele erfolgreiche Tätigkeiten wiederholen und erfolglose unterlassen, haben Kalküle und Pläne Realitätsbezug. Sozialwissenschaftlich interessant wird Planung allerdings erst, wenn Menschen einander verplanen, wenn Handlungserfolge erst auf dem Weg von Kooperation und Tausch erreichbar sind.

Obwohl Individuen rational und zielstrebig planen können, haben Gruppen, Kollektive oder Gesellschaften nach Mancur Olson's Logik des kollektiven Handelns spätestens in der Implementationsphase große Schwierigkeiten. Im einfachsten Fall gibt es keinen Zielkonflikt innerhalb der Gruppe; alle wollen dasselbe Ziel erreichen. Sofern das Ziel ein öffentliches Gut ist, werden entweder alle oder niemand versorgt. Damit entstehen in großen Gruppen Anreize zum Trittbrettfahren, die ohne Einsatz von selektiven Anreizen und Zwang nicht überwindbar sind. Freiwilliges Handeln der Mitglieder einer großen Gruppe impliziert bestenfalls suboptimale Beschaffung, häufig sogar Nichtbeschaffung von Kollektivgütern.

Üblicherweise dient die suboptimale Bereitstellung oder Nichtbeschaffung öffentlicher Güter eher als Hinweis auf die Grenzen der Leistungsfähigkeit von Märkten – und nicht als Anlaß, die Grenzen der Planbarkeit oder Beherrschbarkeit sozialer Prozesse zu verdeutlichen. Offensichtlich ist der Nachweis von kollektivem Planungs- oder Koordinationsbedarf jedoch noch lange kein Nachweis, daß irgend jemand die Planungsaufgabe im Interesse der Gruppe erfüllen kann und will. Bei Olson bleibt zwar die Entstehung der kollektiven Sanktions- und Planungsinstanz unklar, aber es wird für große Gruppen betont, daß diese selektive Anreize und Zwang einsetzen müssen. Für Gruppen mit einer Mitgliederzahl in der Größenordnung von Millionen ist verschärfend hinzuzufügen, daß Zwang ein unabdingbares Element zur Beschaffung von Kollektivgütern ist.

Sobald Zwang eingesetzt wird, zwingen die einen und werden die anderen gezwungen. Die einen planen und vergeben Aufträge, die anderen müssen Aufträge übernehmen oder werden verplant. Damit entsteht ein neues Problem. Die Beauftragten erhalten nicht nur einen Auftrag. Sie behalten auch eigene Interessen – zum Beispiel Mühe und Arbeit anderen zu überlassen. Sogar wer sich einem Planer oder Auftraggeber freiwillig unterstellt, behält eigene Interessen, welche die Planverwirklichung gefährden. Wo es Auftraggeber und Auftragnehmer gibt, bestehen – vom Grenzfall der absoluten Interessenharmonie abgesehen – immer Anreize zur Drückebergerei. Zielorientiertes Handeln in der Gruppe leidet un-

ter Reibungsverlusten. Der Auftraggeber kann versuchen, die Tätigkeit der Beauftragten zu überwachen, Pflichterfüllung zu belohnen und Pflichtvergessenheit zu bestrafen. Das bedeutet Überwachungskosten, geht nicht ohne Überwachungsfehler ab und läßt damit den einzelnen Auftragnehmer immer noch auf erfolgreiche Drückebergerei hoffen. Je größer die Gruppe ist, desto mehr muß der oberste Auftraggeber Überwachungsaufgaben delegieren. Damit entsteht das zusätzliche Risiko der Drückebergerei schon bei den beauftragten Überwachern. In großen Gruppen ist Ziel-sicherheit ungewiß oder nur Illusion.

Planung auf Gruppenebene ist auch problematisch, weil Menschen nicht nur gemeinsame Interessen realisieren wollen. Sie streben nicht nur nach materiellen Gütern, die grundsätzlich oder im Gedankenexperiment für jeden bereitgestellt werden können. Sie wollen auch Positionsgüter – und damit sind Interessengegensätze garantiert. Positionsgüter können durch extreme Rivalität des Konsums definiert werden. Wer ein Positionsgut für sich beansprucht, muß dazu beitragen, daß andere es nicht erwerben können. Wer Bundeskanzler ist, muß anderen Aspiranten den Zugang zum Amt verwehren. Nicht jeder kann Kanzler sein. Ebenso kann auch nicht jeder eine Putzfrau beschäftigen – oder ein schönes Grundstück in bevorzugter Lage besitzen oder das Hauptwerk eines anerkannten Meisters im Wohnzimmer hängen haben. Beim Kampf um Positionsgüter kommt es nur darauf an, daß man mehr als andere hat: Wählerstimmen, Geld, Prestige. Die Existenz von Positionsgütern garantiert Verteilungskämpfe und Verlierer dabei. Gemeinsame Gruppenziele in bezug auf die Verteilung von Positionsgütern kann es nicht geben.

Als Individuum plant jedermann. Auf der Ebene von Gruppen, Kollektiven und Gesellschaften indes ist Planung nicht möglich. Es gibt zumindest immer Zielkonflikte darüber, wer die Kosten auf dem Weg zur Erreichung gemeinsamer Ziele tragen soll. Kommunistiche Fiktionen oder Gemeinsamer-Rhetorik sind immer ein Oktroi von Siegern oder Instrumente im Kampf um die Macht. Es kann keine gemeinsame Planung ohne Planungsoffer geben. Wenn gemeinsame Planung fiktiv ist, dann ist Evolution das, was sich bei teilweise komplementären, teilweise antagonistischen Plänen von Individuen ergibt, was von niemandem dauerhaft gesteuert wird. Gerade bei der Evolution der Wirtschaftsordnungen fällt es schwer, ein eindeutiges und schnell wirkendes Selektionskriterium zu benennen. Mal scheint ökonomische Effizienz,

bei anderen Gelegenheiten durchaus auch mal militärische Durchsetzungsfähigkeit entscheidend zu sein. Künftig könnten auch demographische Stabilität und ökologische Nachhaltigkeit eine Rolle spielen.

Außerdem wird jede Planung durch Wissen gefährdet, das der Planer nicht hatte und nicht haben konnte, durch neues Wissen oder Innovation. In seiner Kritik des Historizismus erkannte Karl Popper: „Wenn es so etwas wie ein wachsendes menschliches Wissen gibt, dann können wir nicht heute das vorwegnehmen, was wir erst morgen wissen werden.“ Zwar stört die Unvorhersehbarkeit von Innovationen und künftigen Wissen auch die Pläne von Individuen und Unternehmen, aber je mehr Planung die Gesamtgesellschaft erfaßt, desto problematischer wird sie.

## Selbstbestimmungsrechte sind das Merkmal einer guten Gesellschaft

Neues Wissen kann darin bestehen, daß alte Erkenntnisse als falsch oder traditionelle Produktionstechnologien als unwirtschaftlich erkannt werden. Die für Planungszwecke notwendige Machtkonzentration bei politischen Instanzen erschwert die Revision der Irrtümer von gestern. Auch das hatte Popper schon erkannt: „Denn jede politische Machtkonzentration führt mit Notwendigkeit dazu, daß kleine Fehler zunächst unbemerkt bleiben, so daß auch dann, wenn wir bei den Machthabern den reinsten Altruismus voraussetzen (ungeprüft von dem Motiv, sich an der Macht zu erhalten), die rechtzeitige Entdeckung kleiner Fehler und damit die Fehlerkorrektur unterbleibt, bis es zu spät ist.“

Planung beeinträchtigt die Chance einer Gesellschaft, das schon vorhandene Wissen zu nutzen. Entscheidend ist die Frage, inwieweit Planer, Politiker und Bürokraten in die Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte der Menschen eingreifen können. Je zentralistischer die Planung ist, je mehr wenige Menschen viele andere verplanen dürfen, desto größer sind nach Friedrich August Hayek die Planungsschäden. Hinter der Hayek'schen Planungskepsis steht neben theoretischen und falsifizierbaren Argumenten auch eine Wertentscheidung – oder eine Vorstellung von einer guten Gesellschaft. Hayek fordert von ihr, „daß sie ihren Mitgliedern die beste Chance gewährt, ihre verschiedenen und weitgehend unbekanntes besonderen Ziele zu erreichen. Das Ziel der Politik in einer solchen Gesellschaft müßte darin bestehen, gleichmäßig die Chancen jedes unbekanntes Mitglieds der Gesellschaft zu erhöhen, mit Erfolg seine gleichermaßen unbekanntes Absichten zu verfolgen...“ Merkmal der guten Gesellschaft sind damit Selbstbestimmungsrechte, nicht bloße Mitbestimmungsrechte.

Hayek's Ausgangspunkt sind Überlegungen zum Wissen, seiner Qualität und Verteilung in Gesellschaften. Wissen besteht aus mehr als akademischem Buchwissen. Es umfaßt das Wissen des Handwerkers, beispielsweise wie man Brötchen backt oder Schuhe besohlt, das Wissen des Bauern, was auf welchem Feld gedeiht, das Wissen des Managers, welche Produkte am Markt absetzbar sind oder welche Maschinenlaufzeiten in seinem Betrieb, zu seiner Zeit, an seinem Standort kostengünstig sind. Derartige Wissen ist dezentralisiert, weil in jedem einzelnen Kopf nur relativ kleine Teile des in der Gesellschaft oder der Welt verfügbaren Gesamtwissens gespeichert sind. Dieses Wissen ist nicht zentralisierbar, sein Einsatz nicht zentral planbar.

Wenn das Wissen genutzt werden soll, dann müssen die Individuen erstens das Recht haben, ihr Wissen dem eigenen Urteil gemäß einzusetzen. Dann müssen die Individuen den Anreiz erhalten, ihr Wissen auch im Interesse der anderen einzusetzen. Das erste Erfordernis verbietet Zentralplanung und gebietet dezentrale Entscheidungen. Der denkbare Grenzfall, daß jeder nur für sich plant und entscheidet, aber niemandes Weisungen unterstellt ist, ist allerdings nicht das Ideal. Manche Menschen wissen, daß sie durch Aufgabe der Selbständigkeit und freiwillige Unterstellung unter die Weisungsbefugnis anderer mehr als bei Selbständigkeit erwirtschaften können. Obwohl Planung immer problematisch ist, ist ein Verbot lokaler, auf freiwilliger Basis entstehender kleiner Planwirtschaften – denn so kann man Unternehmen auch sehen – weder wünschenswert noch notwendig. Nicht politische Planung, sondern Wettbewerb ist das geeignete Verfahren, um zur Zeit optimale Betriebsgrößen herauszufinden.

Das zweite Erfordernis der Wissensnutzung, die Setzung von Anreizen, wird in einer freien Wettbewerbswirtschaft spontan gelöst. Wer die Folgen der Nutzung seines Wissens, seiner Talente und seiner Arbeitskraft bei hohen Erträgen und bei Verlust tragen muß, der setzt sein Wissen und seine Arbeitskraft auch im Interesse potentieller Abnehmer und Kunden ein. Wer die Interessen vernachlässigt, bleibt auf seinen Produkten sitzen und hat den Schaden. Wo es Anreize zur Wissensnutzung gibt, gibt es auch Anreize zum Wissenserwerb. Wenn deutsche Soziologen sinkende Aus- und Weiterbildungsrenditen feststellen, wenn renommierte Ökonomen über die mangelnde Lohnspreizung klagen, wenn vergleichende Studien einen Zusammenhang zwischen relativ egalitärer Einkommensverteilung und Zunahme der Arbeitslosigkeit zeigen, dann wird klar, daß in Deutschland die Anreize zu Wissenserwerb, Wissensnutzung und Arbeit unzureichend sind.

Sobald staatliche Planungsinstanzen in den Markt und seine Verteilungsergebnisse eingreifen, müssen sie zur Verhinderung von Tauschgeschäften beitragen, von denen alle Beteiligten profitieren könnten. Wenn

Eigenarbeit in der Subsistenzwirtschaft (zum Beispiel selbst kochen und pflanzen, selbst Gemüse im Garten anbauen, selbst das Auto reparieren, selbst die Steuererklärung machen) nicht besteuert wird, die Erträge der Arbeit für andere aber recht hoch besteuert werden, dann muß das dazu führen, daß das Ausmaß der Arbeitsteilung verringert wird. Seit Adam Smith ist bekannt, daß Arbeitsteilung produktiv ist. Der staatliche Steuereintreiber aber muß viele Menschen zu relativ unproduktiver Eigenarbeit verdammen. Mancher Tausch auf der Basis der Arbeitsteilung nach komparativen Kostenvorteilen wird durch das Auftreten des Steuereintreibers unrentabel.

Planung ist sinnvoll, wenn sie einen Ordnungsrahmen für Märkte gestaltet, wenn sie Wettbewerb nicht behindert, wenn sie nicht versucht, die Ressourcenallokation und/oder die Marktresultate zu bestimmen. Weil freie Märkte der Zentralverwaltungs-wirtschaft und der politischen Flickschusterei überlegen sind, müßte eine marktfreundliche Planung die Beschaffung eines öffentlichen Gutes, einer Ordnung, zum Ziel haben. Leider bestehen wenig Anreize für Politiker, zur Beschaffung einer freien Wirtschaftsordnung beizutragen. Eine solche Planung müßte auf eine Selbstfesselung der Politik hinauslaufen, vielleicht mittels einer konstitutionellen Einschränkung der politisch zu entscheidenden Probleme. Das jedoch kann kein Politiker mit Aussicht auf Machterwerb wollen.

## Systemkonkurrenz im föderalen Rahmen stärkt die Marktkräfte

Wenn es mal einer wollte, dann würde ein abstraktes Verfassungsprojekt mit dem Ziel, der Politik Handlungsschranken aufzuerlegen, nicht mit Gefälligkeitsprojekten anderer Politiker zugunsten von Sonderinteressen konkurrieren können, zum Beispiel mit Subventionen für Bauern und Bergarbeiter, mit Entsendegesetzen oder Verordnungen für den Bau. Die Begünstigten werden von der Politik oder ihren Verbänden auf die Wohltaten aufmerksam gemacht, die Opfer bleiben rational ignorant und werden sich nicht einmal bei der nächsten Wahl. Der innerstaatliche Wettbewerb zwischen Politikern kann die Beschaffung des Kollektivgutes „marktfreundlicher Ordnungsrahmen“ nur erschweren. Denn es ist nach Hayek „illusorisch zu erwarten, daß die Delegierten sich selbst jener Macht der

Wählerbestechung berauben, durch die sie ihre Position bewahren“.

Solange die Politiker ihn noch nicht weggeplant haben, sieht es mit dem Wettbewerb zwischen den Einheiten eines Bundesstaates günstiger aus. Wo es eine Hierarchie von Regierungen gibt und einen gemeinsamen Markt, der von der Zentralregierung gegen Abschottungstendenzen lokaler Regierungen verteidigt wird, wo die lokalen Regierungen fiskalisch autonom sind – was Prozeduren vom Typ des Länderfinanzausgleichs und Mischfinanzierungen ausschließt –, aber keine Defizite über die Notenpresse finanzieren können, da kann Föderalismus markterhaltend sein. Denn die herrschenden Politiker einer Region konkurrieren nicht nur mit ihren Herausforderern um Stimmen, sondern sie konkurrieren auch mit den herrschenden Politikern anderer Regionen um Steuerzahler, Investoren und mobile Arbeitskräfte. Wer im Wettbewerb der Regionen bessere Ergebnisse als andere erreichen will, muß die Eigentumsrechte der Tüchtigen achten. Da einige das immer etwas mehr als andere tun werden, da erfolgreichere Regionalpolitiker auch eine verbesserte Wiederwahlchance haben, da sogar Politiker voneinander lernen, kann regionale Systemkonkurrenz innerhalb eines föderalen Rahmens die Marktkräfte stärken und die politischen Angriffe auf Wettbewerbsmärkte begrenzen. Systemkonkurrenz kann Druck auf Politiker ausüben, als Nebenprodukt bei ihrem Streben nach Positionsgütern und Macht auch mal zur Beschaffung kollektiver Güter beizutragen. Bloße parteipolitische Konkurrenz im Einheitsstaat kann das nicht.

Wer eine Wirtschaftsordnung plant, sollte Wettbewerbsmärkte planen und deren Produktions- und Verteilungsergebnisse dem Markt überlassen. Wer eine Staatsordnung plant, der sollte einen Bundesstaat planen und die lokalen und regionalen Regierungen mit fiskalischer Autonomie ausstatten und ihrerseits dem Wettbewerb unterwerfen. Wer eine Weltordnung plant, der sollte eine Welt souveräner konkurrierender Staaten planen. Denn alle Staaten werden nie gleichzeitig gleich schlecht regiert werden. Das bloße zwischenstaatliche Nebeneinander wird immer wieder die Kritik an solchen Regierungen erleichtern, die nur Unterdrückung und Verelendung erzeugen. Zum Glück muß diese Weltordnung nicht erst geplant werden, denn die Vielstaatigkeit gibt es schon. Es reicht, wenn die Vielstaatigkeit nicht weggeplant wird.

Je mehr Menschen von einer zentralen Instanz verplant werden, je weniger die Planungsinstanzen – wie die meisten Unternehmen – selbst dem Wettbewerb unterliegen, je mehr die Planungsinstanzen über ein Gewaltmonopol verfügen, desto unwahrscheinlicher sind positive Effekte. Das Versagen der Plan- oder Zentralverwaltungswirtschaft in der Versorgung der Menschen mit Konsumgütern ist inzwischen allgemein bekannt. Wie katastrophal das Versagen der Planwirtschaft sein kann, wird am besten illustriert durch Verweis auf den „großen Sprung nach vorn“ unter Mao. Damals sind rund 30 Millionen Chinesen verhungert. Der Planer Mao hat die Einsicht von Ludwig von Mises, daß „die freie Arbeit unverhältnismäßig ergiebiger sei als die von Unfreien verrichtete Arbeit“, weder gekannt

noch geahnt. Die Zentralverwaltungswirtschaft ist freilich nur der Extremfall. Ökonometrische Studien zeigen, daß wirtschaftliche Freiheit und der Zuwachs wirtschaftlicher Freiheit, also weitgehender Planungsverzicht, das Wirtschaftswachstum fördern

Daneben ist das Versagen vor allem sozialpolitisch motivierter staatlicher Planung in vielen Industriegesellschaften offensichtlich. Würde man die ungedeckten Renten und Pensionsversprechen der Staatsschulden zurechnen, dann stiege sie in Deutschland und Frankreich, nicht aber in Großbritannien um mehr als 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das Umlageverfahren zeigt beim absehbaren künftigen Altersaufbau der Bevölkerung eine Mischung von drei unerfreulichen Effekten: fallende Versorgungsbezüge, steigende Beiträge zur Rentenversicherung und immer schlechtere Renditen für künftige Beitragszahler.

## Wirtschaftswachstum hängt unmittelbar von den Freiheitsrechten ab

Der schon jetzt absehbare künftige Altersaufbau der Bevölkerung muß auch die Gesundheitskosten beträchtlich steigern. Alte Menschen benötigen mehr ärztliche Fürsorge als junge. Das Gesundheitswesen ist weitgehend in parastaatlichen Zwangsversicherungen organisiert. Außerdem deutet die Staatsverschuldung bei sinkender Bevölkerungszahl eine höhere Belastung der verbleibenden Steuerzahler. Die politische Planung in der Sozialpolitik indes hat bisher im wesentlichen darin bestanden, die Folgen des demographischen Wandels für Versorgungsbezüge und Rentensicherung, für Gesundheitsbedarf und Schuldendienst zu ignorieren und der nächsten Generation aufzubürden. Künftige europäische Regierungen werden die Wa zwischen massiven Einschnitten bei Renten und öffentlichen Leistungen, massiven Steuererhöhungen und Inflation haben.

Als Rettung ist nur eine massive Einwanderung denkbar. Ganz ohne Einwanderung und bei unveränderter Fertilität würde die Bevölkerung Deutschlands am Ende des 21. Jahrhunderts nur noch zwischen 22 und 23 Millionen Menschen betragen. Selbst eine jährliche Zuwanderung von einer halben Million Menschen würde nicht zur Stabilisierung der Bevölkerung und schon gar nicht des Altersquotienten ausreichen, da heißt der mehr als 60jährigen relativ zu den 20- bis 60jährigen. Soviel Zuwanderung würde nicht nur große Integrationsprobleme aufwerfen, sondern es müßten erst einmal die von der Politik geschaffenen rechtlichen Hindernisse für die Auswahl der richtigen Zuwanderer beiseite geschoben werden. Die faktische Zuwanderungspolitik Deutschlands orientiert sich an den Bedürfnissen der Zuwanderer, nicht an den Bedürfnissen des deutschen Arbeitsmarktes und der Rentenversicherung. Denn die Arbeitslosenquote ist bei Ausländern etwaddoppelt so hoch wie bei den Deutschen. Der Sozialhilfebezug etwa dreimal so hoch.

Auch in der Sicherheitspolitik ist Planungserfolg selten. Im 19. und 20. Jahrhundert haben die Initiatoren nur etwa zu Drittel „ihrer“ Kriege gewonnen. Bei dem Drittel aller Kriege müssen die Initiatoren Planungsfehler begangen haben. Geht man von der Kriegsplanung zur Friedens- oder Kriegsverhütungspolitik über, ist Planungserfolg ebenfalls selten. So hatten die Siegermächte des Ersten Weltkrieges schließlich nicht die Absicht, mit Hilfe der Bestimmungen des Versailler Vertrags den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zu verhindern. Neben anderen Verträgen sind auch Allianzen ein fragwürdiges Instrument geplanter Kriegsverhütungspolitik. Die Kriegsgefahr ist unter Alliierten nie immer niedriger als unter Nichtalliierten.

Diesem Planungsversagen gegenüber haben die Chancen einer Evolution hin zu einem kapitalistischen Frieden, der auf friedensfördernden Tendenzen des Freihandels, auf der Wachstumsförderung durch Freihandel und Exportorientierung, der durch Wohlstand geförderten Dekretisierung und Frieden unter Demokratie aufbaut. Die Friedenschancen in der Welt können durchaus davon abhängen, wie gewinnorientierte Kalküle von Individuen und Unternehmen die Oberhand über machtorientierten Kalküle der Politiker gewinnen. Es gibt nicht nur wirtschaftspolitische, sondern auch sicherheitspolitische Argumente dafür, kollektivistische, staats- und zentralistische Planung zu reduzieren und sich stattdessen der Evolution und eigennützigen Interessenverfolgung von Individuen und Unternehmen anzuerkennen. Das Haupthindernis auf dem evolutionären Weg in eine bessere Zukunft sind Politiker mit dem Anspruch, das Genie wohl zu kennen und zu repräsentieren.

Daß die Planungen der Politiker geistlich sind, ist eine alte Einsicht. So Adam Smith erkannte: „Alle, die je vorgaben, ihre Geschäfte dienten Wohl der Allgemeinheit, haben meißtens niemals etwas Gutes getan.“ Ein Staatsmann, der es versuchen sollte, Privatleuten vorzuschreiben, auf welche Weise sie ihr Kapital investieren sollten, würde sich damit nicht nur, höchstens, eine Last aufbürden, sondern

auch gleichzeitig eine Autorität annehmen, die nirgendwo so gefährlich wäre wie in der Hand eines Mannes, der, dünn und dunkelhaft genug, sich auch noch nicht fähig hielte, sie ausüben zu können.“ Durchschnittspolitiker hat natürlich sich nicht gelesen und kann noch heute mit dem Gewissen schlecht planen.

Das Nötige – ihre weitgehende Enttötung – planen die Politiker nie. Nur Sy Wettbewerb und Evolution haben der vchen Zivilisation lange weniger mächtige Politiker und freiere Menschen als an Zivilisationen und deshalb die historische erstmalige Überwindung der Massenscha besichert. Der Planung der Regierten sind nur die Schwierigkeiten zu verdanken, denen sich vor allem kontinentalenische Gesellschaften gegenübersehen: spielsweise auf den Arbeitsmärkten, in Altersvorsorge oder im Gesundheitsw

Dieser Aufsatz ist eine Kurzfassung der Friedrich A.-von-Hayek-Vorlesung, die der Autor am 1. auf den Hayek-Tagen 2002 in Salzburg gehalten